

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 50. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Hauptausschusses am 19.02.2014**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 16:01 Uhr bis 18:10 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Herr Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Herr Harald Bartl	parteilos	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	ab 16:03 Uhr
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Gerry Kley	FDP	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	

Herr Egbert Geier	Bürgermeister
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter
Frau Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter
Frau Sabine Ernst	Verwaltung
Herr Oliver Paulsen	Verwaltung
Herr Marco Schreyer	Verwaltung
Frau Anja Schneider	Verwaltung

**Gäste:**

Herr Andreas Schachtschneider, CDU  
Herr Rolf Stiska, Geschäftsführer Theater, Oper und Orchester GmbH  
Herr Jens Rauschenbach, Finanzberater

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Die 50. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** erteilte Herrn Schreyer, amt. Fachbereichsleiter Recht, das Wort, da es innerhalb der Tagesordnung eine Problematik gäbe.

**Herr Schreyer** informierte darüber, dass zum TOP

5.7 Standort der Eissporthalle

Vorlage: V/2013/12362

unter anderem auch der Änderungsantrag der SPD-Fraktion, vorliege. Dieser habe unter Ziffer 2 den Standort Blücherstraße als Standort für die Interimslösung für den Eisdom zum Gegenstand.

**Herr Schreyer** stellte dazu fest, dass dies keine zulässige Änderung sei, da die Beschlussvorlage nur die Frage des Beschlusses zur Errichtung der Eissporthalle am Gimritzer Damm beinhalte. Die Interimslösung Eisdom sei nicht Gegenstand der Beschlusslage.

In diesem Zusammenhang regte **Herr Schreyer** an, die Ziffer 2 herauszulösen und als Dringlichkeitsantrag bei entsprechender Mehrheit separat auf die Tagesordnung zu setzen.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, verwies auf die Diskussionen im Finanzausschuss dazu, wo sich herausgestellt habe, dass ein dringender Aspekt die Interimslösung darstellte. Aus diesem Grund wurde im Finanzausschuss die Trennung der Standortfrage und die Interimslösung vollzogen und die Vorlage geändert. Seine Fraktion hätte auch kein Problem mit einem Dringlichkeitsantrag.

**Herr Schreyer** machte darauf aufmerksam, dass der Finanzausschuss kein beschließender, sondern ein beratender Ausschuss sei. Dieser könne zwar eine Beschlussempfehlung geben, jedoch die Vorlage nicht ändern. Eine Änderung könne erst im Rat erfolgen.

**Herr Krause** nahm den Vorschlag von Herrn Schreyer zur Einbringung eines Dringlichkeitsantrages an.

Auf die Frage von **Herrn Bönisch, CDU-Fraktion**, nach der Notwendigkeit einer Beschlussfassung zur provisorischen Lösung für die Eissporthalle teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass dieses erforderlich sei. Daher sollte die von Herrn Schreyer vorgeschlagene Lösung angenommen werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages der SPD-Fraktion zur Aufnahme auf die Tagesordnung:

- 5.7.3 Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Standort der Interimslösung Eissporthalle  
Vorlage: V/2014/12561

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: einstimmig zugestimmt**  
**Vorlage: V/2014/12561**

Damit wird der Dringlichkeitsantrag unter dem Tagesordnungspunkt 5.7.3 behandelt.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- 5.4. Gebührensatzung, Benutzungsordnung und Satzung über die Gemeinnützigkeit für das Stadtmuseum Halle und seine Standorte  
Vorlage: V/2013/12363  
*gleiche Voten in den Ausschüssen*
- 5.4.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage "Gebührensatzung, Benutzungsordnung und Satzung über die Gemeinnützigkeit für das Stadtmuseum Halle und seine Standorte" (Vorlagennummer: V/2013/12363)  
Vorlage: V/2014/12548
- 5.4.2 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Gebührensatzung, Benutzungsordnung und Satzung über die Gemeinnützigkeit für das Stadtmuseum Halle und seine Standorte, V/2013/12363  
Vorlage: V/2014/12553
- 5.6 Jahresabschluss 2012 Eigenbetrieb Kindertagesstätten Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2013/12330  
*gleiche Voten in den Ausschüssen*
- 6.6 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt  
Vorlage: V/2013/11461  
*im Planungsausschuss zurückgestellt*

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte über Änderungen und Ergänzungen der Tagesordnungspunkte:

- 5.1 Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2013/12089  
*Hierzu wurde eine geänderte Vorlage und Austauschblätter für die Anlage 1 verteilt.*
- 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale); Vorlagen-Nummer V/2013/12089  
Vorlage: V/2014/12421  
*Hierzu wurden aktuelle Stellungnahmen verteilt.*

- 5.1.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12422  
*Hierzu wurden aktuelle Stellungnahmen verteilt.*
  
- 5.7 Standort der Eissporthalle  
Vorlage: V/2013/12362  
*Hierzu liegen zwei Änderungsanträge vor.*
  
- 6.1 Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) und der FDP-Fraktion zur Entsendung von weiteren Mitgliedern in die Gesellschafterversammlungen  
Vorlage: V/2013/11372  
*Hierfür wurde eine neue Stellungnahme verteilt.*
  
- 6.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu den Gesellschafterversammlungen  
Vorlage: V/2013/12111  
*Hierzu wurde eine neue Stellungnahme verteilt.*

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, informierte darüber, das zu den Tagesordnungspunkten 5.1 mit Änderungsanträgen sowie 6.1 und 6.2 durch die CDU-Fraktion mehrere Änderungsanträge im Finanzausschuss eingebracht und die Vorlagen vertagt worden sind. Aus diesem Grund bat er darum, diese von der Tagesordnung abzusetzen.

Gleiches gelte für den TOP

- 5.3 Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements  
Vorlage: V/2013/11956  
welcher im Finanzausschuss ebenfalls vertagt wurde.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** stimmte den Ausführungen von Herrn Dr. Meerheim zu. Damit wurden die Tagesordnungspunkte:

- 5.1 Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2013/12089
  
- 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale); Vorlagen-Nummer V/2013/12089  
Vorlage: V/2014/12421
  
- 5.1.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12422
  
- 6.1 Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) und der FDP-Fraktion zur Entsendung von weiteren Mitgliedern in die Gesellschafterversammlungen  
Vorlage: V/2013/11372
  
- 6.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu den Gesellschafterversammlungen  
Vorlage: V/2013/12111

- 5.3 Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements  
Vorlage: V/2013/11956

von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Nachfrage von **Herrn Lange, Fraktion DIE LINKE**, ob der Tagesordnungspunkt

- 5.5 Namensgebung von Schulen  
Vorlage: V/2013/12143

auch abzusetzen sei, da es gleiche Voten in den Ausschüssen gab, wurde dahingehend beantwortet, dass die Vorlage auf der Tagesordnung verbleiben soll, da es eine „wichtige Gemeindeangelegenheit“ darstellt.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, bat wegen gleicher Voten in den Ausschüssen um Absetzung des Tagesordnungspunktes

- 6.8 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Instandsetzung von gesperrten Spielplätzen*  
Vorlage: V/2013/12313

**Auf die Anfrage von Herrn Lange** über die Abstimmung zum Tagesordnungspunkt

- 6.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) - Stopp der weiteren Vergrößerung des Eigenbetriebs Kindertagesstätten  
Vorlage: V/2013/12114

teilte **Frau Schneider, Protokollführerin**, mit, dass in den Ausschüssen nur über den Änderungsantrag

- 6.7.1 Änderungsantrag der Stadträte Hildebrandt, Schachtschneider und Scholtyssek (alle CDU) zum Antrag der FDP-Fraktion Stopp der weiteren Vergrößerung des Eigenbetriebs Kindertagesstätten (V/2013/12114)  
Vorlage: V/2013/12155

und nicht über den Hauptantrag abgestimmt wurde. Deshalb müssen die Anträge auf der Tagesordnung verbleiben.

**Herr Dr. Meerheim** bat im Namen seiner Fraktion um Vertagung des Antrages

- 6.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Hauptsatzung  
Vorlage: V/2014/12388

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 22.01.2014
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 22.01.2014
5. Beschlussvorlagen
  - 5.1 *Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)*  
Vorlage: V/2013/12089 abgesetzt
  - 5.1.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale); Vorlagen-Nummer V/2013/12089*  
Vorlage: V/2014/12421 abgesetzt
  - 5.1.2 *Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)*  
Vorlage: V/2014/12422 abgesetzt
  - 5.2 Bestellung einer stellvertretenden Protokollführerin  
Vorlage: V/2014/12413
  - 5.3 *Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements*  
Vorlage: V/2013/11956 abgesetzt
  - 5.4. *Gebührensatzung, Benutzungsordnung und Satzung über die Gemeinnützigkeit für das Stadtmuseum Halle und seine Standorte*  
Vorlage: V/2013/12363 abgesetzt
  - 5.4.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage "Gebührensatzung, Benutzungsordnung und Satzung über die Gemeinnützigkeit für das Stadtmuseum Halle und seine Standorte" (Vorlagennummer: V/2013/12363)*  
Vorlage: V/2014/12548 abgesetzt
  - 5.4.2 *Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Gebührensatzung, Benutzungsordnung und Satzung über die Gemeinnützigkeit für das Stadtmuseum Halle und seine Standorte, V/2013/12363*  
Vorlage: V/2014/12553 abgesetzt
  - 5.5 Namensgebung von Schulen  
Vorlage: V/2013/12143
  - 5.6 *Jahresabschluss 2012 Eigenbetrieb Kindertagesstätten Stadt Halle (Saale)*  
Vorlage: V/2013/12330 abgesetzt
  - 5.7 Standort der Eissporthalle  
Vorlage: V/2013/12362

- 5.7.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Dringlichkeitsvorlage Nr.: V/2013/12362 - Standort der Eissporthalle  
Vorlage: V/2014/12526
- 5.7.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage „Standort Eissporthalle“  
Vorlage: V/2014/12552
- 5.7.3 Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Standort der Interimslösung Eissporthalle  
Vorlage: V/2014/12561
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1 *Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) und der FDP-Fraktion zur Entsendung von weiteren Mitgliedern in die Gesellschafterversammlungen*  
Vorlage: V/2013/11372 *abgesetzt*
- 6.2 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu den Gesellschafterversammlungen*  
Vorlage: V/2013/12111 *abgesetzt*
- 6.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Bereitstellung von Zusatzkosten zur Jahresschülerkarte für SchülerInnen der Sportschulen Halle (Saale)  
Vorlage: V/2013/11850
- 6.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Veröffentlichung von Planungsverfahrenständen und Beteiligungsmöglichkeiten im Internet  
Vorlage: V/2013/12273
- 6.5 *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Hauptsatzung*  
Vorlage: V/2014/12388 *abgesetzt*
- 6.6 *Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt*  
Vorlage: V/2013/11461 *abgesetzt*
- 6.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) - Stopp der weiteren Vergrößerung des Eigenbetriebs Kindertagesstätten  
Vorlage: V/2013/12114
- 6.7.1 Änderungsantrag der Stadträte Hildebrandt, Schachtschneider und Scholtyssek (alle CDU) zum Antrag der FDP-Fraktion Stopp der weiteren Vergrößerung des Eigenbetriebs Kindertagesstätten (V/2013/12114)  
Vorlage: V/2013/12155
- 6.8 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Instandsetzung von gesperrten Spielplätzen*  
Vorlage: V/2013/12313 *abgesetzt*
- 6.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt der Straßenbahnlinie 6  
Vorlage: V/2013/12307



- 7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8. Mitteilungen
- 9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 10. Anregungen

**zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 22.01.2014**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 49. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 22.01.2014.

**zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 22.01.2014**

---

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vor.

**zu 5 Beschlussvorlagen**

---

**zu 5.2 Bestellung einer stellvertretenden Protokollführerin  
Vorlage: V/2014/12413**

---

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Im Einvernehmen mit dem Hauptausschuss bestellt der Oberbürgermeister Frau Kirsten Sommer als stellvertretende Protokollführerin des Hauptausschusses.

**zu 5.5 Namensgebung von Schulen  
Vorlage: V/2013/12143**

---

**Herr Kley, FDP-Fraktion,** regte an zu prüfen, ob es die Möglichkeit gäbe, für die Benennung von Schulen einheitliche Regelungen einzuführen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt, den Vorschlägen der Gesamtkonferenzen zu folgen und die

Förderschule für Geistigbehinderte „Helen Keller“ in **Schule des Lebens „Helen Keller“** und die

Lilien-Grundschule in **LILIEN-Grundschule**

umzubenennen.

#### **zu 5.7 Standort der Eissporthalle Vorlage: V/2013/12362**

---

##### **zu 5.7.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Dringlichkeitsvorlage Nr.: V/2013/12362 - Standort der Eissporthalle Vorlage: V/2014/12526**

---

##### **zu 5.7.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage „Standort Eissporthalle“ Vorlage: V/2014/12552**

---

##### **zu 5.7.3 Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Standort der Interimslösung Eissporthalle Vorlage: V/2014/12561**

---

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, verwies auf die ausführliche Diskussion im Finanzausschuss zu diesem Thema, in welcher beschlossen wurde, die Standortsuche und die Interimslösung getrennt voneinander zu behandeln.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, merkte an, dass er nicht wisse, über was er abstimmen soll, da er an der Sitzung des Finanzausschusses nicht teilgenommen habe und ihm Informationen zu diesem Thema fehlen.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, verwies auf die Vertretungsregelungen innerhalb den Fraktionen zu den Ausschusssitzungen und teilte bezüglich der Nachfragen von Herrn Kley mit, dass im Finanzausschuss die Problematik erläutert und man sich darauf verständigt habe, keinen Beschluss über den Standort der zukünftigen Eissporthalle, sondern nur über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Interimslösung zu fassen. Auch wurde im Planungs- und im Sportausschuss schon ausführlich zu diesem Thema diskutiert.

**Herr Rauschenbach, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft GmbH**, informierte darüber, dass ein Schadensgutachten für die Eissporthalle mit 13,7 Mio. Euro Flutschaden und Abrisskosten von 2,2 Mio. Euro vorliege. Die beiden daneben stehenden kleinen Hallen und Nebengebäude seien noch nicht bewertet worden. Man rechne dort mit einem Schaden von 1,5 Mio. Euro.

In den mit der Investitionsbank intensiv geführten Gesprächen sei deutlich geworden, dass die Flutschäden, vorbehaltlich der baufachlichen Beurteilungen, die der Landesbetrieb Bau noch machen muss, von der Höhe aus dem Gutachten her akzeptiert werde, vorbehaltlich der Prüfungen der einzelnen Ansätze.

Das heißt, es gäbe für die Halle 13,7 Mio. Euro plus die 2,2 Mio. Euro Abrisskosten und die Kosten für die Nebengebäude.

Damit hätte man jetzt die Möglichkeit, aus den Mitteln des Flutschadensfonds den Eisdome in einer VOB-Ausschreibung selbst zu erwerben als Stadt. Eine Ausschreibung dazu soll vorbereitet werden.

Die Förderung werde unter der Bedingung ausbezahlt, dass die Variante des Eisdoms als Ersatz für die beiden kleinen Hallen langfristig genutzt wird.

In der vorliegenden Präsentation habe man zum Thema Interim den vorgeschlagenen möglichen Standort, die technischen Parameter sowie die Zeitschiene beschrieben.

Die endgültige Standortdiskussion ist im Finanzausschuss umfangreich geführt worden, mit dem Ergebnis, dass der im CDU-Antrag vorgeschlagene Standort Nietlebener Straße einen Grundstückserwerb von 1,2 Mio. Euro ausmachen würde und dies nicht förderfähig und aus Schallschutzbedingungen nicht möglich sei. Die Stadtverwaltung arbeite jetzt bereits an der Interimslösung.

Desweiteren informierte **Herr Rauschenbach** darüber, dass auf telefonische Anfrage von der Staatskanzlei mitgeteilt wurde, dass die Antragsfristen in Kürze überarbeitet werden. Damit sei auch eine Verlängerung der Antragsfrist auf den 31.12.2014 im Gespräch. Mit einer Entscheidung und Veröffentlichung der Neufassung der Richtlinie sei zeitnah zu rechnen.

Bezüglich einer möglichen Beschlussfassung machte **Frau Dr. Brock, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, darauf aufmerksam, dass die Fachausschüsse dem Hauptausschuss beratend zur Seite stehen und der Planungsausschuss noch nicht abschließend eine Endlösung beschlossen habe. Insofern sehe sie keine Notwendigkeit, jetzt schon über den endgültigen Standort der Eissporthalle einen Beschluss zu fassen.

Auf die Anfrage von **Herrn Kley**, ob bei Fertigstellung einer neuen Halle die Interimslösung nicht weiter betrieben werde, teilte **Herr Rauschenbach** mit, dass das gefördert werde, was jetzt vorhanden sei und es der Investitionsbank egal ist, ob es dann eine oder zwei Hallen gäbe.

Es sei vorgesehen, eine Eissporthalle für bis zu 4.000 Zuschauer zu errichten und daneben eine Nebenhalle, welche als Kalthalle betrieben werden soll und deshalb keine zu großen Energiekosten erkennen lässt.

Auch gehe man davon aus, dass eine Eissporthalle mit einer Nebenhalle mehr Betriebskosten verursacht, als nur eine Halle, aber dazu liege noch keine Detailplanung vor.

**Herr Rauschenbach** teilte auf weitere Nachfrage von Herrn Kley mit, dass die bisher mit Stadtratsbeschluss von der Stadt erworbenen Anlagegüter, wie die Eisfläche, die Umrandung, die Beleuchtung, die Schlittschuhanlagen mit ins Interim und dann auch in die Endlösung gehen werden.

Das Interim werde mit einer Größe von 54 x 90 Metern und die Eisfläche mit 30 x 60 Metern geplant, mit Zuschauerzahlen von 1.500 bis 2.400. Damit gäbe es auch genügend Platz und der Verein hätte die Möglichkeit, einen abgegrenzten Bereich als VIP-Bereich zu schaffen.

**Herr Rauschenbach** informierte weiter darüber, dass Ausschreibungen für den Eisdome, für Erdarbeiten u.a. unter dem Vorbehalt der Genehmigung vorbereitet werden. Für die VOB-Ausschreibung seien 40 Tage erforderlich, um diese angemessen umzusetzen.

Mit diesen Ausschreibungen werde eine Vorlage bezüglich der Finanzierung, der Schadensabdeckung aus den Flutmitteln und der Vergabe vorbereitet, die in den Gremien diskutiert werden soll. Als Termin habe man April 2014 veranschlagt.

Die Ausschreibung wird im Moment bei Herrn Dr. Prochnow unter Einbeziehung der Mitarbeiter des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung und Umwelt vorbereitet.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages der SPD-Fraktion.

**zu 5.7.3 Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Standort der Interimslösung Eissporthalle  
Vorlage: V/2014/12561**

---

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Stadtrat bestätigt den Standort Blücherstraße als Standort für die Interimslösung.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, machte noch einmal darauf aufmerksam, dass keine weitere Beschlussfassung erfolgen sollte, da durch den Planungsausschuss noch nicht abschließend beraten wurde.

Werde der Vorschlag nicht angenommen, würde sie eine Vertagung beantragen.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, erklärte sich damit einverstanden, heute nur über den Punkt 1 des Änderungsantrages seiner Fraktion: „Der Stadtrat beschließt den Bau einer neuen Eissporthalle.“ abzustimmen und die anderen Beschlusspunkte zurückzustellen, da noch eine abschließende Diskussion im Planungsausschuss erfolgen müsse.

**Frau Dr. Brock** zog daraufhin ihren Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung zurück.

Auf Anfrage von **Herrn Bönisch, CDU-Fraktion**, teilte **Herr Krause** mit, dass mit Punkt 1 des Änderungsantrages seiner Fraktion der Bau einer neuen Eissporthalle beschlossen werden soll.

**Herr Wolter** informierte aus der Diskussion im Finanzausschuss und merkte an, dass man sich vereinbart hatte, die Vorlage nicht zu vertagen, sondern das Verfahren weiter laufen zu lassen. Im Idealfall sei der Punkt 1 zu beschließen, um dem Planungsausschuss die Möglichkeit einer kurzfristigen Entscheidung als Empfehlung für den Stadtrat zu geben.

**Frau Dr. Brock** fragte nach der Notwendigkeit, weshalb der Punkt 1 des Änderungsantrages der SPD-Fraktion vor der Stadtratssitzung beschlossen werden soll.

Bezugnehmend auf die Fristen machte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** deutlich, dass eine Fristverlängerung zum 31.12.2014 oder 30.06.2015 erst auf Länder- und Bundesebene diskutiert werde, eine Entscheidung liegt noch nicht vor.

In diesem Zusammenhang bat er darum, die Projekte nicht weiter zu verschieben, wenn sie entscheidungsreif sind. Sollte es keine Nachfragen mehr geben, könne eine Entscheidung getroffen werden, damit die Verwaltung weiter arbeiten könne.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, erinnerte an die Einlassungen von Herrn Wehrich im Finanzausschuss mit dem Hinweis an die Verwaltung zur nochmaligen Prüfung der vier Varianten. Da die Aussagen in der vorgelegten Tabelle unzureichend waren, habe man einen Variantenabgleich in vertiefender Form gefordert. Insofern werde es eine terminliche Verschiebung geben und er sehe keinen Zwang für eine heutige Beschlussfassung.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, erläuterte kurz, dass die Verwaltung davon ausgegangen sei, dass die Tabelle aussagefähig ist und eine Vorzugsvariante vorgestellt. Auf Wunsch der Fraktionen aus dem Finanzausschuss werden jetzt die Aussagen die Aussagen noch einmal nachvollziehbarer dargestellt.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** machte noch einmal deutlich, dass alle offenen Fragen gestellt werden müssen, damit sie schon im kommenden Planungsausschuss von der Verwaltung beantwortet werden können.

Bezüglich der Standortfrage wies **Herr Krause** darauf hin, besondere Sorgfalt walten zu lassen. Seiner Meinung nach hätte man eine Fokussierung auf einige wenige Standorte machen sollen. Mit dem Vorschlag der Verwaltung sei man im Moment nicht einverstanden. Es müsse auch eine Variante ohne Druckwasser von unten dargestellt werden.

**Herr Bönisch** war der Auffassung, dass jetzt ein Grundsatzbeschluss für die Verwaltung zur Legitimierung des Neubaus einer Eissporthalle gefasst werden soll.

**Frau Dr. Brock** bat um die Aufrechterhaltung ihres Geschäftsordnungsantrages auf Vertagung, da sie das Ziel verfolge, nicht im Hauptausschuss, sondern in der nächsten Stadtratssitzung einen Beschluss zu fassen.

Im Verlauf der weiteren Diskussion und in Abstimmung mit **Herrn Schreyer, amt. Fachbereichsleiter Recht**, einigte man sich dahingehend, im Protokoll festzuhalten, dass über den Antrag zwar beraten, jedoch kein Beschluss gefasst wurde.

**zu 5.7.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage  
„Standort Eissporthalle“  
Vorlage: V/2014/12552**

---

**Abstimmungsergebnis:** beraten

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt den Bau einer neuen Eissporthalle.
2. ~~Der Stadtrat bestätigt den Standort Blücherstraße als Standort für die Interimslösung.~~

3. *Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung mit der notwendigen Projektplanung in zwei Varianten und der Erstellung eines fundierten Fördermittelantrages zum Neubau sowie der Einreichung des Antrages. Diese Varianten sollen einen Neubau am Gimritzer Damm und an einem druckwasserfreien Standort beinhalten. Hierbei ist die noch gutachterlich zu ermittelnde Schadenshöhe als Investitionsobergrenze zu berücksichtigen.*
4. *Die Standortfestlegung des Neubaus erfolgt durch den Stadtrat nach Klärung aller planungsrechtlichen Sachverhalte am 25.06.2014.*

**zu 5.7.1    Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Dringlichkeitsvorlage Nr.:  
V/2013/12362 - Standort der Eissporthalle  
Vorlage: V/2014/12526**

---

**Abstimmungsergebnis:                                beraten**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt als Standort der neuen Eissporthalle den Standort Nietlebener Straße (gegenüber Ballsporthalle).

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der notwendigen Projektplanung und Erstellung eines fundierten Fördermittelantrages zum Neubau am genannten Standort und der Einreichung des Antrages bis spätestens 30.06.2014. Hierbei ist die noch gutachterlich zu ermittelnde Schadenshöhe als Investitionsobergrenze zu berücksichtigen.

**zu 5.7        Standort der Eissporthalle  
Vorlage: V/2013/12362**

---

**Abstimmungsergebnis:                                beraten**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat beschließt als Standort der neuen Eissporthalle den bisherigen alten Standort am Gimritzer Damm 1 in 06120 Halle (Saale). Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der notwendigen Projektplanung und Erstellung eines fundierten Fördermittelantrages zum Neubau am Standort und der Einreichung des Antrages bis spätestens 30.06.2014. Hierbei ist die noch gutachterlich zu ermittelnde Schadenshöhe als Investitionsobergrenze zu berücksichtigen.*

## zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

---

### zu 6.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Bereitstellung von Zusatzkosten zur Jahresschülerkarte für SchülerInnen der Sportschulen Halle (Saale) Vorlage: V/2013/11850

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt**

4 Ja-Stimmen

6 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen

#### **Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung prüft, inwieweit SchülerInnen der Sportschulen Halle (Saale) für die Ausübung ihres Sportanteils in der schulischen Ausbildung eine Fahrtkostenrückerstattung bekommen.*

### zu 6.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Veröffentlichung von Planungsverfahrensständen und Beteiligungsmöglichkeiten im Internet Vorlage: V/2013/12273

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

11 Ja-Stimmen

1 Enthaltung

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. bei allen Planungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung über Inhalt, Verfahrensstand und Beteiligungsmöglichkeiten auf der stadt-eigenen Internetseite kontinuierlich und von Beginn an zu informieren. Entsprechende Informationen sollen unmittelbar nach dem Aufstellungs-/Änderungsbeschluss durch den Stadtrat bzw. unmittelbar nach Verfahrensbeginn veröffentlicht werden.
2. Bestandteile der Information sollen mindestens sein:
  - Daten zum Verfahren (Aufstellungsdatum, Vorlagennummer usw.)
  - planungsrechtliche Grundlage mit Paragrafenverweis (z.B. Verfahren nach § 13a BauGB, B-Plan der Innenentwicklung)
  - alle Texte und Pläne wie sie bereits in Session vorliegen (ggf. Verlinkung zur entsprechenden Vorlagenseite)
  - In welche Phase befindet sich das Verfahren (Aufstellungsbeschluss, Auslage o.ä.)? Welche Phasen wurden abgeschlossen, welche stehen noch bevor?

- Wann, wo und wie können sich Bürgerinnen voraussichtlich beteiligen (geplante Bürgerversammlungen, Offenlage usw.)?

**zu 6.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) - Stopp der weiteren Vergrößerung des Eigenbetriebs Kindertagesstätten  
Vorlage: V/2013/12114**

---

**zu 6.7.1 Änderungsantrag der Stadträte Hildebrandt, Schachtschneider und Scholtyssek (alle CDU) zum Antrag der FDP-Fraktion Stopp der weiteren Vergrößerung des Eigenbetriebs Kindertagesstätten (V/2013/12114)  
Vorlage: V/2013/12155**

---

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, erklärte, dass die Behauptung, seine Fraktion wurde viermal in den Eigenbetrieb Kindertagesstätten eingeladen, nicht stimme und später ausgereichte Termine nicht mehr wahrgenommen werden konnten. Um den weiteren Gang des Verfahrens nicht aufzuhalten, wolle man jedoch keine Einrede gegen die Behandlung einlegen.

Bezüglich des Änderungsantrages verwies **Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, auf die ausführliche Diskussion im Jugendhilfeausschuss, in welchem der Änderungsantrag eine große Mehrheit fand.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, bat um eine getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte des Änderungsantrages.

**zu 6.7.1 Änderungsantrag der Stadträte Hildebrandt, Schachtschneider und Scholtyssek (alle CDU) zum Antrag der FDP-Fraktion Stopp der weiteren Vergrößerung des Eigenbetriebs Kindertagesstätten (V/2013/12114)  
Vorlage: V/2013/12155**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**Einzelpunkt abstimmung**

B.-Punkt 1: 11 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
B.-Punkt 2: 9 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen

**geänderter Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverwaltung untersucht ergebnisoffen die Kostenstrukturen des Eigenbetrieb Kita pro Platz im Verhältnis zu den freien Trägern und legt dem Stadtrat bis spätestens Januar/Mai 2014 das Ergebnis vor.
2. Anhand dieser Untersuchung legt die Stadtverwaltung dem Stadtrat einen Beschluss zur Schaffung organisatorischer und struktureller Voraussetzungen für die langfristige Sicherung der Qualität von Kindertagesstätten in der Stadt Halle vor.



**zu 6.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) - Stopp der weiteren Vergrößerung des Eigenbetriebs Kindertagesstätten**  
**Vorlage: V/2013/12114**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

9 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimme

2 Enthaltungen

**geänderter Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverwaltung untersucht ergebnisoffen die Kostenstrukturen des Eigenbetrieb Kita pro Platz im Verhältnis zu den freien Trägern und legt dem Stadtrat bis spätestens ~~Januar~~ Mai 2014 das Ergebnis vor.
2. Anhand dieser Untersuchung legt die Stadtverwaltung dem Stadtrat einen Beschluss zur Schaffung organisatorischer und struktureller Voraussetzungen für die langfristige Sicherung der Qualität von Kindertagesstätten in der Stadt Halle vor.

**zu 6.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt der Straßenbahnlinie 6**  
**Vorlage: V/2013/12307**

---

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, zeigte sich erfreut darüber, dass im Finanzausschuss die große Mehrheit dem Antrag ihrer Fraktion folgte und bat um Zustimmung.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, informierte darüber, dass seine Fraktion im Planungsausschuss gegen den Antrag gestimmt hat, da es keine Rechtsgrundlage dafür gäbe. Die Stadt habe einen Vertrag mit dem MDV bzw. der HAVAG direkt und darin habe der Betreiber die Freiheit, im Rahmen des Vertrages die Linien selbst festzulegen.

Im Finanzausschuss wurde offensichtlich eine andere Rechtslage erörtert, die den direkten Einfluss des Stadtrates auf die Liniengestaltung der HAVAG zulässt. **Herr Kley** bat um nähere Informationen dazu.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung, welche auch dem Planungsausschuss vorlag und die Rechtsgrundlage wiedergäbe. Aus Sicht der Verwaltung erfülle die HAVAG auch mit dem derzeitigen Liniennetz den Nahverkehrsplan.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** machte noch einmal deutlich, dass die Verwaltung bei ihrer Stellungnahme bleibe und auf diese verweise.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, äußerte sich dahingehend, dass sich seine Fraktion gegen den Antrag entscheiden wird, da die jetzige Variante insgesamt kostengünstiger sei.

Zum gleichen Thema stellte **Herr Dr. Meerheim** fest, dass im Finanzausschuss erklärt wurde, dass bei einer Nichtbeförderung wegen Überfüllung der Bahnen eine Meldung an die Stadt erfolgen müsse, damit die HAVAG beauftragt werden kann, diesen Missstand zu beseitigen. Solange der Bedarf nicht bestehe, bleibe es bei der jetzigen Regelung.

Die Bitte zur Prüfung der Situation durch die HAVAG halte er aber für zulässig.

Auch **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, merkte an, der Bitte an die HAVAG zur Prüfung des Einsatzes der bisherigen Straßenbahnlinie 6 zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**  
3 Ja-Stimmen  
7 Nein-Stimmen

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat bittet die Geschäftsführung der Halleschen Verkehrs AG (HAVAG) zu prüfen, ob die bisherige Straßenbahnlinie 6 wieder in Betrieb genommen werden kann.*

**zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

**zu 8 Mitteilungen**

---

**Mitteilung Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand zur Theater, Oper und Orchester GmbH**

---

**Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** beantragte für Herrn Rauschenbach, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft GmbH und Herrn Stiska, Geschäftsführer Theater, Oper und Orchester GmbH Rederecht, welches durch den Ausschuss erteilt wurde.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** erläuterte die vorliegenden Papiere zur Theater, Oper und Orchester GmbH.

Das Land habe deutlich gemacht, dass Strukturanpassungsmittel und Zuschüsse zu den Personalkostensteigerungen nur möglich sind, wenn unverzüglich Strukturänderungen eingeleitet werden. Ebenfalls werde ein Vertragsentwurf von Seiten des Landes vorbereitet und der Stadt zugesandt. Die gemeinsam erarbeitete Zielstruktur von 419 Köpfen wird akzeptiert.

Im Ergebnis der Gespräche bedeutet das, dass die Variante 2, Haustarifverträge, und die Variante 3 vom Land nicht akzeptiert werden.

In dem vorliegenden Papier wurde noch einmal eine Gegenüberstellung der einzelnen Varianten mit den Ausschlusskriterien dargestellt.

Bei der Darstellung der Variante, die als Verhandlungsmandat mitgegeben wurde, zeige sich die Haushaltsbelastung der Stadt Halle mit 224 Mio. Euro, währenddessen Variante 2 bei 207 Mio. Euro liegt und Variante 1 bei 201 Mio. Euro.

Die Variante 3 musste noch einmal umgerechnet werden, da die Stadt für diese Variante keine Anpassungsmittel bekommen würde.

Es werde deutlich, dass die erste Variante für das Land mit 95 Mio. Euro die höhere Belastung darstellt, während Variante 2 und Variante 3 mit 81,4 Mio. Euro diesbezüglich günstiger sind. Gleichwohl hat das Land die Bestätigung für die erste Variante gegeben.

Bezüglich der Haushaltsbelastung stellte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** fest, dass der städtische Haushalt aufgestellt ist und es kaum Möglichkeiten gäbe, weitere Dinge in irgendeiner Weise in den kommenden Jahren im Haushalt aufzufangen. Auch vor dem Hintergrund der sinkenden Zuweisungen aus dem FAG und auf Grund der neuen Ankündigungen dazu durch das Land.

Desweiteren werden in einem Diagramm die Strukturierungen dargestellt, welche um die Fortführung des Beschlusses des Stadtrates vom 12.02.2014 ergänzt wurde. Dabei werde deutlich, dass im Jahr 2019 die Wirtschaftlichkeit für die Stadt mit der ersten Variante spätestens zu diesem Zeitpunkt gegeben ist

**Herr Rauschenbach** informierte darüber, dass es seine Aufgabe war, die Ergebnisse aus den Diskussionen in Zahlen zu formulieren. Dies werde in den Varianten dargestellt.

In der Diskussion mit dem Land habe es das Ergebnis gegeben, dass die Haushaltsbelastung in den Stadthaushalt in den Jahren 2015/2016 und Folgejahre eingeordnet werden muss und die Kürzungen des Landes und die Strukturanpassungsmittel möglicherweise zu kompensieren sind. Dies bedeute auch, dass bei der TOO selbst, zum Beispiel bei Fremdhonoraren, gespart werden muss.

In Bezug auf den Vertragsentwurf des Landes, führte **Herr Rauschenbach** aus, dass Detailfragen, wie die Regelung der Dynamisierung, die Ausgabe der Strukturanpassungsmittel, die das Land zahlt und erst in den Jahren 2017 – 2020 ausgegeben werden, noch offen und zu diskutieren sind.

**Herr Stiska** teilte ergänzend mit, dass das Land nur den harten Schnitt der Strukturumsetzung mitgehen wolle und im Falle von Haustarifverträgen die Strukturanpassungskosten und die Dynamisierung nicht finanzieren werde.

Man sehe sich jetzt damit konfrontiert, zu einem möglichst schnellen Zeitpunkt, nach Auslaufen der Haustarifverträge für die Beschäftigten im Jahr 2015 den Abschluss zu machen und diese 61 Beschäftigten, um die es geht, durch Nichtverlängerung der Verträge und mit betriebsbedingten Kündigungen zu entlassen.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, hielt die ausgehändigten Zahlen für nicht plausibel und fragte an, ob sich das Land nicht durch die Variante 2 – Fortführung der Haustarifverträge – habe beeindrucken lassen. Desweiteren fehle ihm die Plausibilität der in der Variante 3 – Stadtrat – dargestellten Zahlen. Seines Wissens bestand der Unterschied darin, dass mit dem Stadtratsbeschluss der Haustarifvertrag für die Nichtmusiker verlängert werden sollte um zwei Jahre.

**Herr Rauschenbach** wies darauf hin, dass es für jede Variante denselben Grad der Untersetzung gäbe. Für jede Variante liege eine Teilberechnung bis zum Jahr 2022 mit einer Plan-, Gewinn- und Verlustrechnung vor.

Die Variante 3 wurde exakt nach dem Stadtratsbeschluss berechnet, mit zwei Jahren Verlängerung des Haustarifvertrages für Nichtmusiker. Jedoch habe dazu das Land mitgeteilt, keine Strukturanpassungskosten und keine Dynamisierung dafür zu übergeben.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, machte darauf aufmerksam, dass in den vorliegenden Papieren teilweise von Vollzeitstellen oder von Köpfen gesprochen werde und bat um Erläuterungen dazu.

Ebenfalls fragte sie an, ob durch die Kürzungen im Schauspiel weiterhin der Vier-Sparten-Betrieb möglich sei.

Bezogen auf die Verhandlungen des Oberbürgermeisters beim Land fragte **Frau Dr. Brock**, ob es ein neu ausgehandeltes Verhandlungsergebnis gäbe.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** berichtete, dass man eine klare Bestätigung dazu erhalten habe, dass die dargestellten Beträge vom Land ausbezahlt werden und man diese im Vertragsentwurf wiederfinden wird. Auch wurde Klarheit dahingehend gewonnen, dass das Angebot des Landes für die nächsten fünf Jahre vorliege und die Stadt damit arbeiten könne.

Zur Frage der weiteren Spielbarkeit der Vier-Sparten teilte er mit, dass gemeinsam mit Herrn Stiska und den Intendanten die vorliegende Variante als Machbarkeitsvariante mit Einschränkungen erarbeitet worden ist.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Brock zu den Angaben von Stellen und Köpfen erläuterte **Herr Rauschenbach**, dass die Bezeichnung Stelle gleichzusetzen ist mit Köpfen. Man habe momentan 532 Köpfe und im Jahr 2019 seien es 419 Köpfe.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, merkte an, dass die Bezeichnung Vollzeitstellen bzw. Köpfe irritiere, da es in der TOO keinerlei Vollzeitverträge gäbe, sondern durch die Haustarifverträge eine Absenkung von 10 %. Das heißt, es stehen zurzeit keine Vollzeitstellen zur Verfügung.

Er wies darauf hin, dass für ihn die Gleichstellung und Gleichsetzung mit Stellen und mit Personen nicht den Tatsachen entspreche, da man im Moment keine Finanzierung von 532 Vollzeitstellen habe. Auch habe man einen Beschluss über Stellen und nicht über Köpfe gefasst.

Den Ausführungen von Herrn Bönisch stimmte **Herr Wolter** zu, da die gesamte Kostenfrage gemäß der drei Varianten und der Haushaltsbelastung noch nicht geklärt sei.

In Bezug auf den Vertrag mit dem Land bat er um Auskunft, wer in die Entscheidungsfindung einbezogen werde, wie der Zeitplan aussehe, welcher Ausschuss beteiligt wird und wie sich die weitere Verfahrensweise darstellt.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** teilte mit, das zugesagt wurde, zügig den Vertrag an die Stadt zu senden und man davon ausgehe, in der übernächsten Woche einen Vorentwurf zu bekommen. Dieser Vorentwurf werde ausführlich im Aufsichtsrat besprochen und dann in die einzelnen Ausschüsse zur weiteren Diskussion gegeben.

**Frau Ewert, SPD-Fraktion**, merkte an, dass im November schon ein Grobstrukturkonzept von Herrn Stiska vorlag, welches auf 419 Personen hinauslief. Ihre Fraktion habe sich im Stadtrat der Stimme enthalten, weil klar war, dass man nur auf dem aufsetzen könne, was vom Land vertraglich zugesichert wird.

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE**, machte deutlich, dass Herr Oberbürgermeister beim Land konsequent verhandelt habe, um eine finanzielle Beteiligung des Landes an dem strukturellen Umbau und an der Dynamisierung der Mittel zu erhalten.

Jetzt entscheide die Landesregierung, wie viel Strukturanpassungsmittel es geben soll und die Ausschüsse werden diese Entscheidungen höchstwahrscheinlich nachvollziehen können und dem zustimmen.

Die Nachfrage von **Herrn Bönisch**, ob die Landesregierung eine Variante favorisiert, die in den Gesamtkosten deutlich teurer sei, als eine andere Variante, wurde durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bestätigt.

Auch habe **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** versucht, für den Teil der Variante des Stadtrates, der den Musikerbereich betreffe und unverzüglich umgesetzt werden könne, Dynamisierungsmittel zu bekommen. Er habe alle Varianten getrennt voneinander vorgetragen und habe vom Land die klare Aussage erhalten, dass es nur für die Variante 1 entsprechende Strukturanpassungen gibt.

**Herr Rauschenbach** merkte dazu noch an, dass die beim Land vorgelegten Unterlagen in der Variante Stadtrat auch eine Dynamisierung und Strukturanpassung zum Inhalt hatte und in den Varianten die Erwartungen und Verhandlungspositionen dokumentiert waren.

Die von **Frau Dr. Brock** gestellte Frage, ob die Personalzielstruktur Bestandteil des Theatervertrages oder nur ein Umsetzungspapier sei und ob es Beratungsspielraum für die einzelnen Gremien gäbe wurde durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** dahingehend beantwortet, dass die abschließende Diskussion über die Kürzung der Stellen dem Geschäftsführer der TOO und den Intendanten zu überlassen sei.

**Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, bat um die Aushändigung der von Herrn Rauschenbach berechneten Variante – Stadtrat – und fragte nach der Möglichkeit von Teilzeitmodellen.

Dazu teilte **Herr Stiska** mit, dass Teilzeitmodelle nicht möglich sind, da die Beschäftigten im künstlerischen und auch im Orchesterbereich vom Tarifvertrag her, im Unterschied zu allen anderen Beschäftigten, keine feste Arbeitszeit haben. Es gäbe zwar einen bestimmten Anteil an Teilzeitstellen, jedoch seien weitere Teilzeitmodelle in diesen Bereichen nicht durchsetzbar bzw. erweiterbar.

Zum Status der Verhandlungen informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** nochmals, dass die Verwaltung jetzt auf den Vorentwurf des Landes warte. Dieser werde dann im Aufsichtsrat diskutiert und in die Gremienbeteiligung gegeben.

## **Mitteilung Herr Bürgermeister Geier zum Finanzausgleichsgesetz (FAG)**

---

Bezugnehmend auf das FAG 2014 führte **Herr Bürgermeister Geier** aus, dass die Verwaltung im Zuge der Haushaltsberatung durch die Änderung im FAG die Annahme hatte, mit 2,4 Mio. Euro mehr rechnen zu können.

Am 16. Dezember wurde durch einem zweiten Orientierungserlass festgestellt, dass dieser Erlass nach vorläufiger Rechnung dazu führe, dass die ursprünglich prognostizierte Zahl von 2,4 Mio. Euro auf etwa 1 Mio. Euro reduziert wird. Auch habe es in den letzten Tagen Informationen über die konkrete Festsetzung des FAG gegeben, mit dem Hinweis der weiteren Verschiebung für alle Städte und Gemeinden.

Die Aushändigung des Orientierungserlasses an die Fraktionen wurde durch **Herrn Bürgermeister Geier** zugesagt.

### **Mitteilung Herr Bürgermeister Geier zu den personalwirtschaftlichen Modellen**

---

**Herr Bürgermeister Geier** informierte darüber, dass es bei den personalwirtschaftlichen Modellen durch die Beschlusslage des Stadtrates 84 kw-Stellen im Jahr 2014 gäbe.

Von diesen 84 kw-Stellen hätten sich fünf durch Regelungen über Abfindungen erledigt. Dies hänge damit zusammen, dass die kw-Stelle und der Stelleninhaber, der über Abfindungen gehen wollte, identisch waren.

Die noch bestehenden 79 kw-Stellen sind noch für das Jahr 2014 durch eine entsprechende Kettenbildung durchzuführen. Diese Kettenbildung ist sehr komplex und sehr umfangreich und im Moment werde intensiv daran gearbeitet. Die Verwaltung wird sich eine zusätzliche konzerninterne Unterstützung dazu holen. Dies hänge damit zusammen, dass bei den Kettenbildungen auf unterschiedliche Qualifikations- und Aufgabenprofile zu achten ist und dezernats- und fachbereichsübergreifend entsprechende Kettenbildungen gefunden und gelöst werden müssen.

**Herr Bürgermeister Geier** führte weiter dazu aus, dass die Verwaltung in den anberaumten Personalausschusssitzungen dazu berichtet.

Bei dem Modell der Abfindungen gab es 66 Anträge, in welchen die Mitarbeiter mit bestimmten Stichtagen einem Zeitpunkt des Ausscheidens selbst gewählt haben. Von den 66 Abfindungsanträgen seien fünf umgesetzt.

Bei den Rentenmodellen gab es 88 Anträge und von diesen können im Jahr 2014 keine umgesetzt werden, weil die Anträge ab 2015 ff beginnen.

Beim Modell der Altersteilzeit liegen konkret 470 Anträge vor. Bei diesen Anträgen stehe die Verwaltung in den Startlöchern der Umsetzung. Zurzeit sei eine entsprechende Rückäußerung bzw. Genehmigung des Innenministeriums noch offen, weil hier eine sogenannte übertarifliche Zahlung vorliegt und gemäß § 73 Gemeindeordnung LSA entsprechende Genehmigungen bzw. Zulassungen einzuholen sind. Diese Zulassungen wurden am 14. Oktober 2013 beantragt und in der Zwischenzeit auch alle erforderlichen Angaben und Informationen geliefert. Man erwarte eine entsprechende Antwort des Ministeriums und werde dem jetzt mit Nachdruck nachgehen.

Bei Vorliegen der Rückmeldung können die entsprechenden Teilzeitverträge sofort umgesetzt werden.

**Herr Bürgermeister Geier** teilte auf Anfrage von Herrn Krause weiter mit, dass die Teilzeitanträge als Modell vom Innenministerium nicht in Frage gestellt sind, sondern es gehe um einen Genehmigungsvorbehalt nach der Gemeindeordnung.

Die Frage nach der Gesamtsumme der bereits ausbezahlten fünf Abfindungen konnte von **Herrn Bürgermeister Geier** nicht beantwortet werden und wird nachgereicht.

## zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

### Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zu Vergabeleistungen

---

Zum Thema externer Vergaben und Beauftragung externer Juristen fragte **Herr Krause** an, wann mit einer Beantwortung durch die Verwaltung zu rechnen sei.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

### Anfrage Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Nutzung des Stadthauses

---

**Frau Dr. Brock** bezog sich in ihrer Anfrage auf die Verwaltungsvorschrift bezüglich der Nutzung des Stadthauses mit Verweis auf eine jeweils geltende Preisliste und bat um Einsichtnahme in diese.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte eine Weiterleitung der Unterlagen zu.

### Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zum Ausbau Steintor/Bewohner Lessingstraße

---

**Herr Bönisch** berichtete über die Aussage einer Anwohnerin aus der Lessingstraße, welche sich gegen die Umnutzung der Lessingstraße als Umgehungsstraße während des Ausbaus des Steintors einsetzt, dass ihr ein Papier mit nachfolgendem Inhalt vorliege.

Es werde mitgeteilt, wenn es mehr als 50 Beschwerdeführer mit dem gleichen Text zu einer Thematik gäbe, trete eine Regelung in Kraft, dass ein Vertreter bestimmt werden müsse und nur noch dieser in die entsprechenden Veranstaltungen eingeladen werde.

**Herr Bönisch** fragte an, ob eine solche Regelung existiere.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies auf das Verwaltungsrecht. Im Verwaltungsverfahrensgesetz gäbe es die Regelung, dass ab einer bestimmten Anzahl Beschwerdeführer ein Vertreter benannt werden kann, um das Verhandeln leichter zu machen.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, sagte eine Prüfung der Angelegenheit zu.

**zu 10      Anregungen**

---

Es lagen keine Anregungen vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** beendete die 50. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

---

Dr. Bernd Wiegand  
Oberbürgermeister

---

Anja Schneider  
Protokollführerin



